

ke, „hat in der Dienstleistungsmetropole Hamburg ganz schlechte Karten.“

Zudem werden attraktive Offerten häufig unter Ausschluß der Öffentlichkeit vergeben. Großkonzerne wie Daimler oder Bosch bevorzugen Söhne und Töchter von Mitarbeitern. „Die haben“, meint Daimler-Sprecherin Ursula Mertzig, „natürlich einen gewissen Bonus.“ Etliche Ferienarbeiter, bestätigt Helmut Krause (Bosch), „sind regelrecht auf einen bestimmten Job abonniert“. Vorteil: Die Dauerjobber müssen nicht jedesmal wieder angelernt werden.

Um noch einen der begehrten Jobs zu ergattern, greifen daher viele Studenten zur Selbsthilfe. Sie schreiben Monate vor Ferienbeginn gezielt die Personalchefs großer Unternehmen an. Andere, wie der Münsteraner Betriebswirtschaftsstudent Christian Hellmich, versuchen durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam zu machen.

Der gelernte Bankkaufmann ließ schon im Frühjahr auf einer Plakatwand in Münster die Schlagzeile „Job gesucht“ und seine Telefonnummer anschlagen. Der Einsatz hat sich gelohnt. Neben einem Teilzeitjob in der gegenüberliegenden Kneipe ergatterte er noch ein begehrtes Praktikum.

Der weitaus größte Teil der Jobsuchenden aber pilgert in den goldenen Süden oder nach Berlin. Dort ist die Arbeitswelt für Studenten noch in Ordnung. In München finden mehr als zwei Drittel aller Bewerber eine Stelle, etwa als Schankhilfe in Biergärten oder als Packer bei der „Süddeutschen Zeitung“. An Berlins Freier Universität werden zur Zeit sogar mehr Ferienjobs als Ferienarbeiter gezählt.

Gut sind die Chancen auch in der schwäbischen Schaffermetropole Stuttgart. Dort drängeln sich neben Studenten aus dem Norden neuerdings sogar Jobber aus dem Elsaß und Skandinavien.

Glücklich ist man in der Provinzhauptstadt über den internationalen Ansturm nicht. „Wir können“, klagt Arbeitsvermittlerin Irmgard Moser, „doch nicht für alle anderen Städte die Jobs besorgen.“

SPRAYDOSEN

Nur noch Pappe

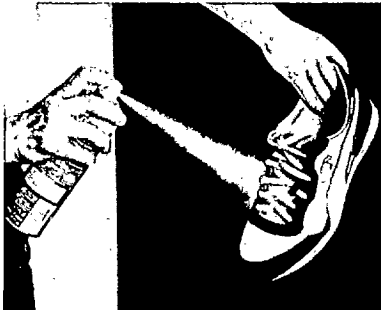
Verbraucher schicken, nach einem Appell der Öko-Organisation Greenpeace, leere Sprühdosen an die Hersteller zurück.

Die Manager des Chemiegiants Hoechst waren beleidigt. „Sie müssen uns“, schrieb Prokurist Gerhard Kollrack an die Freiburger Umweltschützerin Sonja Rubin, „mit Ihrem örtlichen oder regionalen Abfallbeseitigungsbetrieb verwechselt haben.“

Auslöser für die säuerliche Reaktion war ein Paket, Inhalt: eine Kollektion



Körperspray



Imprägnierspray



Haarspray



Möbelspray

Spraydosen-Gebrauch im Haushalt: „Läßt sich recyceln“

gebrauchter Spraydosen. In einem Begleitschreiben bat Sonja Rubin, die Treibgasreste in den Büchsen zu entsorgen oder wiederzuverwerten.

Mit diesem Anliegen werden bundesdeutsche Chemiefirmen derzeit häufig traktiert. Auch Walter Schütz, Geschäftsführer der Industrie-Gemeinschaft Aerosole in Frankfurt, in der sich rund 80 Hersteller und Abfüller von Spraydosen zusammengeschlossen haben, muß in jüngster Zeit eine Menge kritische Post beantworten.

Die Mehrarbeit haben Schütz und seine Kollegen aus der Industrie der Umweltschutzorganisation Greenpeace zu verdanken. Ende Juli starteten die Öko-Fighter eine Kampagne, die, so Birgit Siemen von der Hamburger Zentrale, „hoffentlich zu einer Massenbewegung wird“. In einem an 1,8 Millionen Bundesbürger verschickten „Notruf“ schlägt Greenpeace Alarm: „Helfen Sie mit, die drohende Katastrophe zu stoppen.“

Mit der Aktion wollen die Ökologen „eine Minute vor zwölf“ eine Gefahr abwenden helfen, die schon seit Mitte der siebziger Jahre bekannt ist. Die für Mensch und Natur lebenswichtige Ozonschicht in der Stratosphäre löst sich, unter dem Einfluß großer Mengen von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen (CFK), allmählich auf.

Auf der Suche nach ungiftigen und nicht brennbaren Kühlmitteln hatten Chemiker des Autoproduzenten General Motors 1928 die Substanzen entwickelt.

Unter Markennamen wie „Freon 11“ und „Freon 12“ wurden sie schnell zum Renner, seit Jahrzehnten werden sie als Kühlmittel in jedem Kühlschrank, als Treibgas für Kosmetik-, Pflege- oder Lacksprays und zum Aufschäumen von Kunststoffen verwendet.

Doch 1974 überraschten amerikanische Chemiker die Fachwelt mit der These, Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffe zerstören die Ozonschicht. Unter harter Sonnenstrahlung setzen die CFK Chlor-Atome frei, die das dreiatomige Ozon zu gewöhnlichem zweiatomigem Sauerstoff reduzieren.

Die USA zogen Konsequenzen, seit 1978 ist „Freon“ als Treibgas für Spraydosen nicht mehr erlaubt. Doch für das expandierende Geschäft mit Kühl- und Klimaanlage wurden die Stoffe eifrig weiterproduziert. Folge: Die Gesamtproduktion an CFK hat in den USA längst wieder den alten Stand erreicht.

Weltweit werden jährlich rund 800 000 Tonnen CFK hergestellt, in der EG allein 300 000 Tonnen. Die Bundesrepublik ist mit etwa zehn Prozent an der Weltproduktion beteiligt. Immerhin noch 26 000 Tonnen – vor zehn Jahren waren es mehr als doppelt soviel – aus 672 Millionen Spraydosen zerstäubten die Bundesbürger allein letztes Jahr.

Daß die Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffe zu einem gefährlichen Abbau der Ozonschicht führen, gilt den Klimaforschern seit März 1985 als nahezu sicher. Damals entdeckten britische und japani-

sche Wissenschaftler über der Antarktis ein riesiges Loch im Ozonschild.

Voriges Jahr schließlich verbreiteten Professor Paul J. Crutzen und Christoph Brühl vom Mainzer Max-Planck-Institut für Chemie weitere Schreckensnachrichten: Bleibt die CFK-Emission konstant, wird nach ihren Berechnungen die obere Stratosphäre bis zum Jahr 2050 „dreißig Prozent ihres Ozons einbüßen, bezogen auf den mutmaßlichen Wert in vorindustrieller Zeit“.

Ein „erschreckender Sachverhalt“, so Crutzen, denn Ozon hält den größten Teil der kurzwelligen ultravioletten Sonnenstrahlung von der Erde fern. Verliert die „Sonnenbrille der Biosphäre“ (Crutzen) weiter an Wirkung, kann es auf der Erde zu einer enormen Zunahme an Hautkrebs, zu katastrophalen Vegetationsschäden und einer gefährlichen Klimaveränderung kommen.

Dennoch hat sich die EG bisher nicht zu Beschlüssen gegen die Industrie durchgerungen. Ein Uno-„Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht“ vom März 1985 sieht lediglich vor, daß die Unterzeichner-Staaten die Entwicklung weiter beobachten und sich gegenseitig informieren.

Seitdem schleppen sich die EG-Staaten von Verhandlung zu Verhandlung. Spätestens 1990 sollen die Vertragspartner verpflichtet werden, innerhalb von zwei Jahren die Produktion bestimmter CFK auf dem Niveau von 1986 einzufrieren. Erst bis zum Jahr 2002 sollen Produktion und Import halbiert werden.

Der jetzige Verhandlungsstand, pries Bundesumweltminister Klaus Töpfer die geplante Minimal-Lösung, sei „maßgeblich“ von der Bundesrepublik „mit beeinflusst“ und gegen die EG-Kommission durchgesetzt worden. Unterzeichnet werden soll der Kontrakt Mitte September im kanadischen Montreal.

Die Sprühflaschenhersteller wollen unterdessen durch freiwillige Drosselung der Produktion von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen einem gesetzlichen Verbot der Verwendung von CFK als Treibgas entgehen. Vorige Woche kündigten sie an, von 1990 an weitgehend auf CFK in Spraydosen zu verzichten, jedoch nicht auf deren Einsatz in Verpackungen. Die Umstellung auf weniger umweltschädliche Sprühverfahren mit Propan-Butan, Preßluft oder auf simple mechanische Zerstäuber kostet die Industrie, so schätzt Aerosole-Geschäftsführer Walter Schütz, „mindestens hundert Millionen Mark“.

Eine freiwillige Lösung ist rechtlich allerdings unverbindlich und kann von Bonn nur schwer kontrolliert werden. Die SPD verlangt deshalb ein gesetzliches CFK-Verbot, und auch Birgit Siemen von Greenpeace hält die freiwillige Vereinbarung für „völlig ungenügend“.

Mit ihrer Aktion zur Rettung der Ozonschicht wollen die streitbaren Umweltschützer deshalb den Druck auf die Politiker, sich für gesetzliche Regelungen

gen einzusetzen, verstärken. Vor allem, so die Greenpeace-Forderung, dürfe ein CFK-Verbot „nicht nur auf Spraydosen beschränkt bleiben“.

Greenpeace appelliert an die Verbraucher, keine CFK-getriebenen Spraydosen zu kaufen, in Schnellrestaurants ausschließlich Teller oder Verpackungen aus Pappe zu verlangen und massenhaft Protestbriefe an die Herstellerfirmen zu schreiben. Gebrauchte Spraydosen sollen an die Produzenten zurückgeschickt werden. Greenpeace: „Das Treibgas läßt sich nämlich recyceln.“

Die Firma Hoechst, zusammen mit Kali-Chemie in Hannover größter CFK-Produzent in der Bundesrepublik, will davon jedoch nichts wissen. Der Frankfurter Chemiekonzern schickt Spraydosen-Müll postwendend an die Absender zurück. Die Möglichkeiten zum Recycling, läßt Hoechst-Prokurist Kollrack die Umweltschützer abblitzen, beschränkten sich „bisher auf das Gebiet der Kältemittel“. Entleerte Spraydosen, rät er, seien besser „der Hausmüllbeseitigung anzuvertrauen“.

TAXIS

Wie leichtes Asthma

Bonner Taxen, die oft Diplomaten und Politiker befördern, sollen ein angeblich abhörsicheres Funksystem erhalten.

Jahrelang ärgerte sich der Bonner Taxiunternehmer Knut Siebert, 43, wenn er über Funk Aufträge entgegennehmen mußte. Mal waren die Durchsagen kaum zu verstehen, weil eine Kollegin in der Zentrale nuschelte, mal knackte es ausgerechnet dann in der Verbindung, wenn die Hausnummer des Fahrgasts durchgegeben wurde. „Die richtige Adresse mitzubekommen“, berichtet Siebert, „war manchmal das Schwerste am ganzen Job.“

Neuerdings jedoch ist für Siebert der Ärger ausgestanden. Nun genügt ihm ein kurzer Blick auf einen kleinen Bildschirm über dem Autoradio, der alle wichtigen Informationen in beleuchteten Druckbuchstaben anzeigt. Siebert: „Bequemer geht's nicht.“

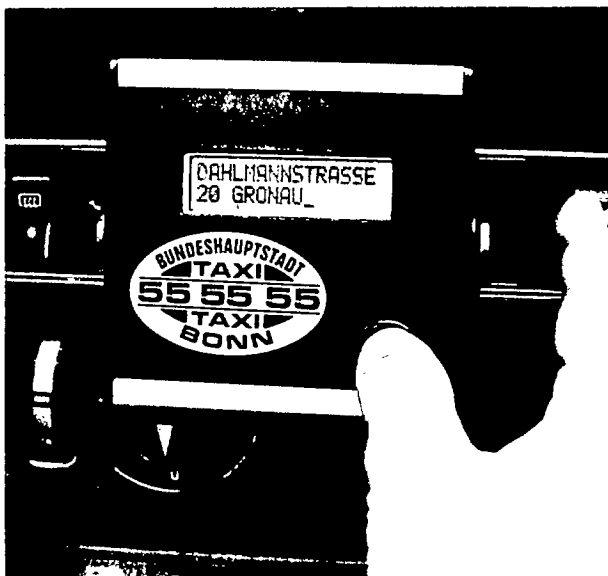
Die Arbeiterleichterung erlebt der Droschkenfahrer bei einem Modellversuch der Bonner Funktaxi-Zentrale, die gegenwärtig „den ersten abhörsicheren Taxenfunk“ (Sprecher Claus Lenz) erprobt. Die Fahr-Unternehmer wollen verhindern, daß Terroristen mithören können, wann und wo Prominente oder hohe Beamte abgeholt werden.

Im Oktober letzten Jahres, vermutet das Bundeskriminalamt (BKA), hätten RAF-Terroristen auf der Taxenwelle mitbekommen, als vom Außenministerium eine Heimfahrt („Fahrgast: Herr von Braunmühl“) geordert wurde. Der Spitzendiplomat Gerold von Braunmühl,

51, wurde von bisher unbekanntem Tätern vor seinem Haus in Bonn-Ippendorf erschossen, als er aus dem Taxi stieg.

Weil Sicherheitsexperten weitere Anschläge auf Politiker und Beamte „aus der zweiten Reihe“ (Generalbundesanwalt Kurt Rebmann) befürchten, will die Bonner Taxi-Zentrale ihren Funk abhörsicher machen. „Nur mit diesem Sicherheitservice“, so Lenz, „können wir weiterhin mit Ministerien und Botschaften im Geschäft bleiben.“

Der sprachlose Funkverkehr funktioniert im Prinzip wie die Übermittlung von Computer-Daten per Telefon. Aufträge, die in der Zentrale eingehen, werden gleich bei der Annahme in einen Computer eingegeben. Der Rechner wandelt die Buchstaben in eine Kombinationsfolge von zwei verschiedenen Tönen um, die dann per Funk an die Wagen weitergegeben werden. Dort übersetzt ein Rechner im Empfangsteil die Tonfol-



Digitaler Taxenfunk: „Bequemer geht's nicht“

gen wieder in Buchstaben, die dann auf dem Monitor am Armaturenbrett erscheinen.

Die Vorteile des Systems, das bislang in vier Wagen erprobt wird, sind ohrenfällig. Statt quakeliger Anweisungen aus der Zentrale hört der Fahrer beim digitalen Datenfunk nur noch ein kurzes Übertragungsgeräusch, das sich, so ein Testfahrer, „wie leichtes Asthma“ anhört.

Zudem verringert das neue Vermittlungsverfahren auch die Anfahrtzeit zum Kunden: In der Zentrale geschehen Auftragsannahme und -vergabe nahezu gleichzeitig, zeitraubendes Nachfragen entfällt.

Ob der digitale Datenfunk jedoch abhörsicher ist, scheint fraglich. Zwar können ungebundene Lauscher die Anfahrtorder mit dem bloßen Ohr nicht verstehen. Doch selbst die Herstellerfirma des Datenübertragungsgerätes räumt ein, daß „eine Entschlüsselung technisch machbar“ sei.

So bietet der Fachhandel zu Preisen zwischen einigen hundert und mehreren tausend Mark Dekoder an, die Datenfunk, je nach Übertragungsart, entziffern können. Die Geräte, zum Teil von der Bundespost nicht zugelassen und „nur für den Export bestimmt“, können an Empfänger angeklemt werden, die für Taxen-, Feuerwehr- oder Polizeifunk präpariert sind – auch solche Apparate sind im Fachhandel zu haben.

Die Herstellerfirma des Bonner Textübertragungssystems behauptet jedoch, ihr Datentelegramm sei „nur mit einem ganz speziellen und nicht erwerblichen Auswerter zu entziffern“. Dennoch sehen Computer-Freaks wie Steffen Wernéry, 25, der mit seinen Kollegen vom Hamburger „Chaos Computer Club“ auch schon das besonders geschützte Kenn- und Paßwort für den Bildschirmtext-Dienst der Hamburger Sparkasse geknackt hat, in der Ton-Übertragung „nur eine unwesentliche Verbesserung, die mit relativ geringen Mitteln und Aufwand auszuholen ist“.

Selbst wenn der Taxenfunk, was bislang nicht vorgesehen ist, noch mit einem Extra-Kode verschlüsselt würde, sieht der Hamburger Hacker „kaum Probleme“. Einigermaßen abhörsicher könnte der Funk nur werden, wenn jedes Taxi einen eigenen Code bekäme, der jeden Tag geändert würde. Das aber, glaubt die Herstellerfirma, sei „für einen Taxenbetrieb viel zu aufwendig“.

Die gleichfalls von Abhör-Angsten geplagte Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestages hat denn auch das Datenfunk-Modell nicht übernommen. Nach Beratungen mit dem BKA, sagt Sachbereichsleiter Werner Grünschlag, „scheint für unseren Betrieb ein Sprach-Zerhacker besser zu sein“.

Die Bonner Taxi-Genossenschaft setzt weiter auf den Datenfunk und hofft, daß bis 1989 alle 250 Wagen ihre Aufträge per Monitor (Anschaffungspreis: 1200 Mark) entgegennehmen – wenn das Projekt nicht zu teuer wird. Denn Ende Juli wurden Vertreter des Fernmeldeamtes Bonn in der Fahrer-Zentrale vorstellig und mahnten, unter Verweis auf „Bestimmungen über Funkanlagen des beweglichen Betriebs“, 30 000 Mark Gebühren für das neue System an.

Nun will die Taxi-Zentrale von der Post eine Ausnahmegenehmigung bekommen. Sonst, so Lenz, „trägt die Post das Sicherheitsrisiko“.